

DRINGENDER APPELL

Alexander Gaulands gestrige Äußerung kann nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wir können seinen toxischen Kommentar gegen eine kritische und aufgeklärte Gesellschaft nicht dulden. Die Opfer des Holocaust können ihn nicht dulden. Wir fordern deshalb ein Moratorium für Alexander Gauland. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen darf ihm nicht länger eine Bühne bieten.

Deshalb richten wir, die Freunde einer offenen Gesellschaft und Verteidiger einer jungen Demokratie, einen Appell an die Redaktionen der Talkshows "Anne Will", "hart aber fair", "Maybrit Illner" und "Maischberger": Wir wollen Ihnen das Versprechen abringen, Alexander Gauland in den nächsten 18 Monaten kein Forum für Menschenverachtung, Geschichtsrevisionismus und Relativierung des Holocaust zu geben.

Ihre Talkshows sind wesentliche Stützen des demokratischen Diskurses und Ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Debatte des Landes wiegt schwer. Sie geben mit der sofortigen Aussetzung weiterer Gauland-Auftritte ein klares Bekenntnis zu den Regeln des demokratischen Diskurses ab – nicht nur gegen Alexander Gauland, sondern gegen alle Hetzer, die derzeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Sie senden auch ein Zeichen an uns, die sich gegen diese Hetzer abmühen und aufreiben. Sie sagen: Es gibt demokratische Spielregeln, die Sie achten und schützen werden. Wir dulden keine Relativierung des Holocaust! Wer das versucht, katapultiert sich dahin, wo er hingehört: ins gesellschaftliche Abseits. Außerhalb öffentlich-rechtlicher Sendeformate. Außerhalb des demokratischen Diskurses.

Demokratien gehen nicht an zu vielen Feinden, sondern an zu wenigen Freunden und Verteidigerinnen zugrunde. Alexander Gauland ist für ein aufgeklärtes Deutschland, das seinen Anstand verteidigt, mit dem gestrigen Tag untragbar geworden.

Es muss ein klares gesellschaftliches Zeichen gegen die Niedertracht geben, den demokratischen Konsens mit antidemokratischen Denkmustern aufzubrechen. Die öffentlich-rechtlichen Sender können nicht glaubhaft gegen Antisemitismus und Rassismus eintreten, wenn sie weiter die Gesellschafts- und Diskursfähigkeit eines Alexander Gauland vortäuschen. Menschenfeindlichkeit muss von Medien nicht abgebildet werden, damit sie ihrer Informationspflicht gerecht werden.